



**DIE WIRTSCHAFT SOLL DEN
MENSCHEN DIENEN, NICHT
UMGEKEHRT:
LIEFERKETTENGESETZ JETZT!**

An dieser Hürde sind Klagen bereits in der Vergangenheit gescheitert und in der Konsequenz bedeutet das, dass deutsche Unternehmen vor deutschen Gerichten weiterhin nicht für Schäden haften müssen, die sie im Ausland verursacht haben, wie es Armin Paasch von Misereor treffend formulierte.

Der Kompromiss, ein Nachlässigkeitsgesetz

Michel Brandt, MdB DIE LINKE, sprach in diesem Zusammenhang von einem "Nachlässigkeitsgesetz". Mit den eingebauten Fehlstellungen befürchtet er eine fatale

Wirkung des Gesetzes: Unternehmen werden mit dem Verweis auf eben dieses Gesetz öffentlich behaupten können, dass sie ihren Sorgfaltspflichten ausreichend nachkommen. Von Transparenz, geschweige denn der verbindlichen Übernahme von Verantwortung für Menschenrechte durch Unternehmen kann auf dieser Grundlage keine Rede sein. Gleichzeitig wurde ein wichtiger Punkt komplett außenvor gelassen: Umweltschutz spielt mittler-

weile keine Rolle mehr.

Den vollmundigen Ankündigungen folgt die Ernüchterung; dieses Lieferkettengesetz ist ein fauler Kompromiss! Mehr noch ist zu befürchten, dass dieses Gesetz zur Blaupause für die angekündigte EU-weite Lieferkettenverordnung wird erhalten müssen. Besonders, wenn sich herausstellt, dass diese den gesellschaftlichen Druck für die Forderung für ein echtes Lieferkettengesetz abzufedern vermag.

Lieferkettengesetz vom Bundestag verabschiedet

Ein Kommentar von FUGe

Am 10.06.20221 wurde das Lieferkettengesetz trotz Widerstände aus der Wirtschaft und der CDU/ CSU-Fraktion im Bundestag verabschiedet. Fast schon ein Wunder, dass diese Koalition noch kurz vor Toresschluss sich zu einem Ja, allerdings mit vielen Einschränkungen, durchringen konnte.

Auch FUGe hat seit Jahren mit großem Engagement (Veranstaltungen, Unterschriftenaktionen, Lippe-Aufruf I und II) die Initiativen von vielen NGOs unterstützt.

Jetzt gilt es weiterzumachen mit einer Initiative auf europäischer Ebene und mit einer sicher neuen Bundesregierung, um die bestehenden Defizite (Größe der Betriebe, Klagerecht, Umweltvorgaben) zu beseitigen.





Michael Thews, SPD



Arnd Hillweg, CDU

1. Klimaschutz und Nachhaltigkeit (auch für die Wirtschaft) sind aus unserer Sicht die zentralen Schwerpunkte für die kommende Legislaturperiode. Wie wollen Sie sicherstellen, dass Ihre Fraktion dies entsprechend in Regierungshandeln umsetzen wird?

1. Als stellv. Vors. des Umweltausschusses habe ich aktiv an den Gesetzen für Klimaschutz und Nachhaltigkeit mitgewirkt. Schwerpunkte meiner Arbeit waren u. a. der Schutz natürlicher Ressourcen durch Abfallvermeidung und Recycling, sowie die Verbesserung der ökologischen Qualität unserer Flüsse. Diese Arbeit möchte ich mit aller Kraft fortsetzen.

1. Zur Bewahrung der Schöpfung sind wir zum Klimaschutz verpflichtet. Wir bekennen uns zu den Pariser Klimazielen. Wirtschaftliche Stärke, sozialer Ausgleich und konsequenter Klimaschutz sind die Bedingungen für eine nachhaltige Entwicklung. Wir setzen auf nachhaltige Technologien. Die Wasserstoff-Strategie des Bundes ist beispielgebend.

2. Der Faire Handel (derzeit ca. 1%-Anteil des Handels Volumen in Deutschland) ist für die Entwicklung der Länder des Globalen Südens von entscheidender Bedeutung. Was werden Sie tun, z. B. zu den diskriminierenden Lieferketten, dem nachhaltigen Konsumverhalten und fairen Einkauf durch die öffentliche Hand?

2. Profit darf nicht über Menschenrechte stehen! Mit dem Lieferkettengesetz hat Arbeitsminister Hubertus Heil einen historischen Gesetzentwurf vorgelegt, der vom Wirtschaftsministerium und der CDU/CSU stark beschnitten wurde. Die SPD wird das Lieferkettengesetz ausweiten und die Kommunen in ihrer nachhaltigen Beschaffung stärker unterstützen. Als Obmann im Beirat für Nachhaltigkeit spielte dies für mich eine zentrale Rolle.

2. Existenzsichernde Löhne und menschenwürdige Arbeit sind die Grundlage, um Armut zu bekämpfen, eine ausreichende und gesunde Ernährung zu sichern und das weltweite Wohlstandsgefälle zu reduzieren. Neben sozialen Sicherungssystemen in den Partnerländern braucht es vor allem faire Handelsabkommen, die verbindliche, überprüfbare, soziale und ökologische Standards setzen. Mit dem Lieferkettengesetz werden Unternehmen verpflichtet, ihren menschenrechtlichen Sorgfaltspflichten besser nachzukommen. Eine EU-weite Regelung ist zu unterstützen.

3. Die „Festung Europa“ tritt zurzeit die Menschen- und Asylrechte mit den Füßen. Welche Alternativen streben Sie im deutschen Bundestag an?

3. Für die SPD steht fest, dass die menschenunwürdige Situation der Geflüchteten beendet werden muss. Langfristig geht dies nur mit einer Reform des europäischen Asylsystems. Bis dies erreicht ist, muss Deutschland seiner Vorbildrolle gerecht werden und Verantwortung übernehmen. Vom Bundesinnenminister erwarte ich, dass er den bereitwilligen Kommunen auch die Aufnahme Geflüchteter gewährt.

3. Mit dem Ausbau der Entwicklungspolitik zu einer umfassenden Partnerschaft z. B. zwischen der EU und der Afrikanischen Union können Lebensperspektiven in Afrika geschaffen werden. Möglichkeiten bieten bspw. die erneuerbaren Energien. Länder mit sozialer und menschenrechtsbasierter Politik sollten vorrangig gefördert werden. Zuwanderung nach Europa muss geordnet erfolgen. Das Grundrecht auf Asyl steht nicht zur Disposition.



Martin Kesztyüs,
Bündnis 90/Die Grünen

1. Schlüsselressorts müssen grün besetzt und hemmende Lobbystrukturen vor allem im Landwirtschafts- und Verkehrsministerium aufgelöst werden. Im Wirtschaftsministerium auf der anderen Seite muss eine Neubewertung wirtschaftlicher Tätigkeit hin zu einer Gemeinwohlorientierung erfolgen.

2. Das Lieferkettengesetz ist ein erster wichtiger Schritt, der die Unternehmen zu Verantwortung verpflichtet. Es geht aber nicht weit genug. Neben den oft skandalösen Arbeitsbedingungen in den Herkunftsländern gilt es auch, die Rohstoff-Problematik zu bedenken.

Zunehmend wurde die energieintensive Produktion von Stahl, Zement, Aluminium und Kunstdünger ins Ausland verlagert. Dagegen muss die Bilanzierung angepasst und z. B. die CO₂-Emissionslast dem deutschen Budget zugerechnet werden.

3. Das Sterben im Mittelmeer ist eine Schande europäischer Außenpolitik. Rüstungsexporte in Krisen- und Kriegsgebiete und an Autokraten müssen ein Ende haben. Erstaufnahme- und Transitländer und die dortigen Hilfsorganisationen müssen finanziell und logistisch unterstützt werden. Dabei sind Standard immer die Menschenrechte. Keine Zusammenarbeit mit repressiven Regimes! Frontex braucht dringend ein Monitoring und eine bessere parlamentarische Kontrolle der Einsätze. Deutsche Frontex-Beamte müssen mit Konsequenzen rechnen, wenn sie sich an illegalen Pushbacks beteiligen. Die Zivile Seenotrettung darf nicht behindert werden, wie es durch seerechtliche Verordnungen geschehen ist.



Rebecca Kämpfe, Die Linke

1. Umsetzen lassen sich linke Vorstellungen beim Klimaschutz und Nachhaltigkeit nur, wenn wir mit einem kräftigen Mandat ausgestattet werden. Sonst können wir nur unbequem sein, die richtigen Fragen stellen und den Finger in die Wunde legen. Wir stehen für einen sozialökologischen Systemwechsel!

2. Wir fordern ein Lieferkettengesetz, das seinen Namen verdient. Alle Unternehmen müssen verpflichtet werden, entlang ihrer gesamten Wertschöpfungsketten Menschenrechtsverletzung, Kinderarbeit und Umwelterstörung auszuschließen. Das beinhaltet eine wirksame Haftungsregel, um die Rechte von Betroffenen zu stärken und die Arbeitsbedingungen zu verbessern. Die Möglichkeit der gewerkschaftlichen Organisierung muss Teil des Gesetzes werden.

3. Entwicklungszusammenarbeit muss sich an den Bedürfnissen der Menschen in den ärmeren Ländern orientieren – anstatt weiter vor allem den Interessen europäischer Unternehmen zu dienen! Die Verzahnung von Entwicklungs- und Sicherheitspolitik, im Sinne des sogenannten Grenzschatzes und der Migrationskontrolle, lehnen wir ab. Geld soll den Ländern des Globalen Südens zur Verfügung gestellt werden, um eine eigenständige Entwicklung zu ermöglichen. Alternativen zur Festung Europa können unter anderem in legalen Einwanderungsmöglichkeiten liegen.



Lucas Slunjski, FDP

1. Klimaschutz wird eines der zentralen Themen der Zukunft sein. Wir müssen hier auf eine europäische und internationale Lösung setzen. Mit der Rückkehr der USA zum Pariser Klimaabkommen ist ein erster Schritt getan. Das Ziel von einer maximalen Erhöhung um 2,0 – besser noch 1,5 Grad muss hier weiterhin der Maßstab sein. Wir fordern daher ein globales Umdenken in Bezug auf den Erhalt und Wiederaufbau der Wälder. Bezüglich der Antriebsart der Zukunft möchte ich mich für eine technologieoffene und intelligente Politik einsetzen.

2. Die Nachfrage von nachhaltigen Produkten seitens der Verbraucher ist in den letzten Jahren und insbesondere während der Pandemie immer weiter gestiegen. Der höhere Preis muss dann aber auch bei den Produzenten und deren Angestellten ankommen. Ich möchte mich daher insbesondere für bessere Arbeitsbedingungen und faire Löhne einsetzen.

3. Die unverhandelbaren Menschenrechte sind ein sehr großer Bestandteil der liberalen Werte, für die ich stehe. Europa muss wieder als eine Einheit mit gesamteuropäischen Werten auftreten. Die menschenunwürdigen Verhältnisse in den derzeitigen Auffanglagern müssen verbessert werden. Eine erste unmittelbare Maßnahme für die ich mich einsetzen möchte ist die Aufstockung der Seenotrettung. Das immer noch Menschen „vor der Haustür Europas“ ertrinken sollte nicht weiter hinnehmbar sein.